

## **Textliche Festsetzungen**

zum Bebauungsplan 175/1 - Zollstraße / Mühlenstraße -

Redaktionelle Anmerkung: Rechtskraft 28.02.2001 Es gilt die BauNVO 1990

Gemäß § 9 Abs. 1 Ziff. 24 Baugesetzbuch (BauGB) sind besondere bauliche Vorkehrungen zum Schutz vor Verkehrslärmbelästigungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes vorgeschrieben:

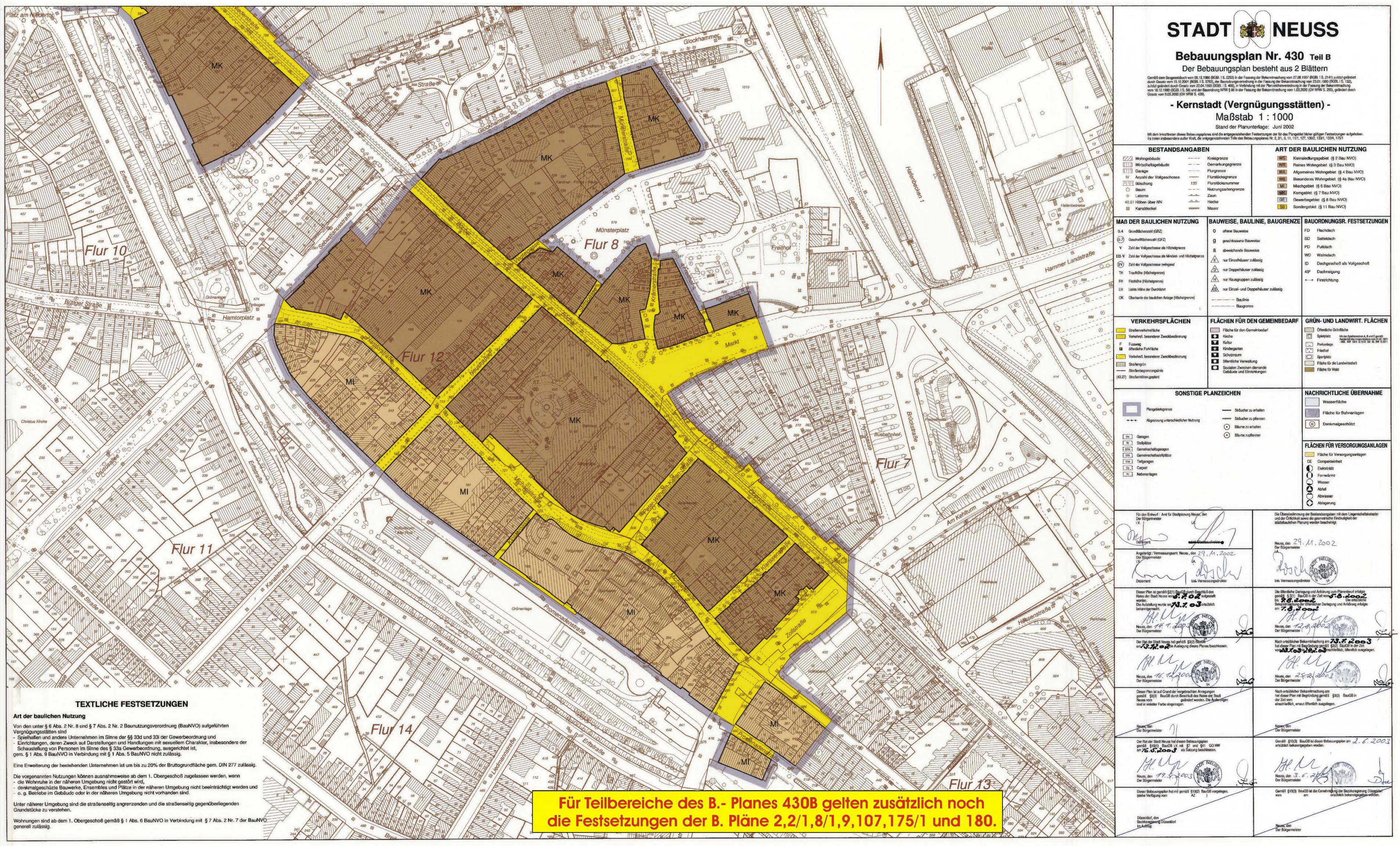
- > Die zur Straße gewandten Fassaden liegen im Lärmpegelbereich V gemäß DIN 4109 Schallschutz im Hochbau -.
  - Zum Schutz der Aufenthaltsräume muß das resultierende Schalldämmaß R'Wres für Außenbauteile mindestens 40 dB (A) betragen.

Ausnahmen von den Festsetzungen können zugelassen werden, soweit durch einen anerkannten Sachverständigen nachgewiesen wird, daß geringere Maßnahmen ausreichen.

Gemäß § 9 Abs. 1 Ziff. 25b BauGB sind die bestehenden Bäume zu erhalten und während der Bauzeit durch geeignete Maßnahmen zu schützen.

Von den gemäß § 7 Abs. 2 Ziff. 2 der Baunutzungsverordnung (BauNVO) allgemein zulässigen Einzelhandelsbetrieben und Vergnügungsstätten sind nicht in Zusammenhang mit einer Verkaufs- oder Gaststätte stehende Steh-Imbisse, Spielhallen, Sex-Shops und -Kinos, Striptease- und Peep-Shows, Eros-Center sowie Dirnenunterkünfte gemäß § 1 Abs. 5 und 9 BauNVO ausgeschlossen

**Hinweis:** Bei Bodeneingriffen ist mit dichten archäologischen Befunden zu rechnen. Im Vorfeld der Baumaßnahme sind daher umfangreiche archäologische Untersuchungen erforderlich.



## **Textliche Festsetzungen**

Bebauungsplan Nr. 430 - Kernstadt (Vergnügungsstätten) -

Redaktionelle Anmerkung: Rechtskraft 02.06.2003 Es gilt die BauNVO 1990

## Art der baulichen Nutzung

Von den unter § 6 Abs. 2 Nr. 8 und § 7 Abs. 2 Nr. 2 Baunutzungsverordnung (BauNVO) aufgeführten Vergnügungsstätten sind

- Spielhallen und andere Unternehmen im Sinne der §§ 33d und 33i der Gewerbeordnung und
- Einrichtungen, deren Zweck auf Darstellungen und Handlungen mit sexuellem Charakter, insbesondere der Schaustellung von Personen im Sinne des § 33a Gewerbeordnung, ausgerichtet ist, gem. § 1 Abs. 9 BauNVO in Verbindung mit § 1 Abs. 5 BauNVO nicht zulässig.

Eine Erweiterung der bestehenden Unternehmen ist um bis zu 20% der Bruttogrundfläche gem. DIN 277 zulässig.

Die vorgenannten Nutzungen können ausnahmsweise ab dem 1. Obergeschoß zugelassen werden, wenn

- die Wohnruhe in der näheren Umgebung nicht gestört wird,
- denkmalgeschützte Bauwerke, Ensembles und Plätze in der näheren Umgebung nicht beeinträchtigt werden und
- o. g. Betriebe im Gebäude oder in der näheren Umgebung nicht vorhanden sind.

Unter näherer Umgebung sind die straßenseitig angrenzenden und die straßenseitig gegenüberliegenden Grundstücke zu verstehen.

Wohnungen sind ab dem 1. Obergeschoß gemäß § 1 Abs. 6 BauNVO in Verbindung mit § 7 Abs. 2 Nr. 7 der BauNVO generell zulässig.